WB-WH-01

Wir machen den Welthandel fair

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Gremium:	Bundesvorstand
Beschlussdatum:	08.03.2017
Tagesordnungspunkt:	WB.WB-WH Wir machen den Welthandel fair

Die Globalisierung ist durch drastische Widersprüche geprägt. Sie macht die Beziehungen und den Austausch zwischen Ländern enger. Nie war es so einfach, in ferne Länder zu reisen. Vom Aufstehen bis zum Schlafengehen umgeben uns Produkte, die es ohne weltweiten Handel nicht gäbe. Auch Wissenschaft und Kultur befruchten sich durch internationalen Austausch. Deutschland profitiert von offenen Märkten. Hunderte Millionen Menschen in Asien, Afrika und Südamerika konnten auch durch eine gesteuerte Integration in die Weltwirtschaft extreme Armut überwinden.

Doch die Globalisierung hat eben auch eine anarchische, ungerechte und brutale Seite. In vielen ärmeren wie reicheren Ländern werden Menschen in einer globalen Wertschöpfungskette ausgebeutet oder gegeneinander ausgespielt. Wohlstandsgewinne sind sehr ungleich und ungerecht verteilt – zwischen Staaten und innerhalb von Staaten. Die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen hat sich durch die Globalisierung beschleunigt. Und die entfesselten internationalen Finanzmärkte und große Konzerne haben einen zu großen Einfluss auf politisches Handeln gewonnen. Deswegen ist unser Ziel, die Globalisierung auch durch die Stärkung globaler Institutionen gerechter zu gestalten; zum Beispiel indem wir die internationalen Finanzströme besser regulieren (à Kapitel: Wir teilen den Wohlstand gerechter) und auch indem wir den internationalen Handel neu gestalten.

Hunderttausende Menschen in Deutschland und anderen Ländern Europas haben in den letzten Jahren gegen TTIP, TISA und CETA, gegen eine Fortsetzung der neoliberalen Globalisierung von oben demonstriert. Wir kämpfen an ihrer Seite.

Sowohl der nationalistische Weg, den Schattenseiten der Globalisierung mit Abschottung zu begegnen, als auch der neoliberale Weg, Globalisierung ohne Regulation zu forcieren, führt in den Abgrund. Wir stehen für einen anderen Weg – den Weg friedlicher und offener Kooperation. Gerechter globaler Handel kann dafür sorgen, dass die Vorteile der Globalisierung mehr Menschen zu Gute kommen.

Als exportorientierte Volkswirtschaft hat Deutschland eine besondere Verantwortung. Deutschland muss deshalb dazu beitragen, dass die Europäische Union als der größte Binnenmarkt selbstbewusst eine führende Rolle bei der Regulierung des Welthandels einnimmt und zeigt, wie fairer Handel möglich ist. Den brauchen wir für eine sozial-ökologische Transformation.

Gerechte Regeln für die Welt

Um Handel fair zu gestalten, müssen Regeln von allen Ländern gemeinsam verhandelt werden, also multilateral. Das muss im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) geschehen. Denn sonst machen die mächtigen Länder die Spielregeln und die armen haben das Nachsehen. Damit
das gelingt, muss die WTO grundlegend reformiert und unter dem Dach der Vereinten Nationen neu belebt werden.

Mit der Verabschiedung der globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen und dem Abschluss des Pariser Klimaschutzabkommens hat die Weltgemeinschaft zentrale Zielmarken zur Bekämpfung von Hunger und Armut, zur Reduzierung von globaler Ungleichheit und für den Erhalt unsere ökologischen Lebensgrundlagen gesetzt. Die Industriestaaten können und müssen dabei im Sinne einer fairen Lastenteilung vorangehen.

Diese Zielmarken müssen auch für die Gestaltung des Welthandels und eine Reform der WTO gelten.

So sollen alle am Welthandel Teilnehmenden die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) einhalten. Vom Rohstoff bis zum fertigen Produkt muss Arbeit menschenwürdig sein und der weltweite Wettbewerb um die niedrigsten Löhne aufhören. Wir haben das Ziel, in Zukunft sowohl mit entwickelten wie auch sich entwickelnden Staaten eine neue Generation von fairen Handelsabkommen auszuhandeln. Durch ein Race to the Top von immer höheren globalen Standards werden wir gute Arbeit garantieren und lokale Wertschöpfung erhalten. Wir setzen damit in den fairen Handelsabkommen neben klassischen Handelsfragen auch soziale und ökologische Standards - also unter anderem Regeln zur Vermeidung von Steuerhinterziehung, für die Korruptionsbekämpfung, die Implementierung von internationalen Sozial-, Klima- und Umweltnormen sowie die freie Gewerkschaftsbildung. Alle sind gleichwertig einklagbar und sanktionierbar.

Die „Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer“ (G20) muss ebenfalls für eine faire Globalisierung eintreten. Auch wenn sie langfristig an die Vereinten Nationen rückgebunden werden sollte, kann es doch hilfreich sein, wenn die wirtschaftlich starken Länder zusammenkommen, um über internationale Regeln zu beraten. Den Impulsen der G20 zur Trockenlegung von Steuersümpfen und zur Kontrolle internationaler Finanzmärkte müssen aber auch Taten folgen. Die nächste Bundesregierung muss nicht nur weiter ambitionierte Ziele im Rahmen der G20 vorantreiben, sondern auch verbindliche Umsetzungsmechanismen über die multilateralen Organisationen etablieren.

Jährlich sterben mehr Menschen an Hunger als an AIDS, Malaria und Tuberkulose zusammen genommen. Wir werden den Kampf gegen den Hunger in der Welt fortführen, indem wir gegen die exzessive Spekulation mit Nahrungsmitteln vorgehen und weiter auf eine dezentrale Landwirtschaft setzen.

Neustart bei den derzeitigen Handelsabkommen

TTIP, CETA, TiSA oder andere Abkommen dieser Art sind so umstritten, weil hier die Rechte der Bürgerinnen und Bürger zur Verhandlungsmasse wurden. Wir Grünen lehnen diese Abkommen in ihrer jetzigen Form ab. Einige wenige große, länderübergreifende Konzerne profitieren, kleine und mittlere Unternehmen haben das Nachsehen. Deshalb demonstrieren dagegen Kleinbauern und -bäuerinnen in Burkina Faso genauso wie der bäuerliche Familienbetrieb in Baden-Württemberg. Dabei sollten faire Handelsabkommen Umwelt-, Verbraucher- und

Datenschutz sowie Arbeitsnormen nicht schwächen, sondern international sichern und ausbauen.

Viele Kommunen fürchten, dass die öffentliche Daseinsvorsorge in Handelsabkommen nicht ausreichend geschützt wird. Hier geht es um Krankenhäuser, die Wasserversorgung oder um die kulturelle Vielfalt. Wenn Ausnahmen für öffentliche Dienstleistungen nicht klar definiert sind, garantieren sie keinen ausreichenden Schutz. Vor allem sind diese Dienstleistungen nicht vom Investitionsschutz ausgenommen – Klagen gegen die kommunale Daseinsvorsorge vor einem Schiedsgericht würden so möglich.

Wir Grünen fordern, das Vorsorgeprinzip in allen Handelsverträgen zu verankern. Dieses Prinzip stellt sicher, dass Produkte bei uns erst auf den Markt dürfen, wenn klar ist, dass sie unbedenklich sind. Es sorgt dafür, dass in der EU zum Beispiel 1.300 Substanzen nicht für den Einsatz in Kosmetika zugelassen sind. Gentechnisch veränderte Lebensmittel, Asbest oder Hormonfleisch sind verboten. Sogenannte Investor-Staat-Schiedsverfahren oder ein Investitionsgerichtssystem (ICS) sehen sehen Klageprivilegien für Konzerne vor. Wir wollen nicht, dass demokratisch beschlossene Gesetze wie etwa der Atomausstieg oder Regeln für Aufdrucke auf Zigarettenpackungen dadurch unterlaufen werden. Für solche Verfahren gibt es keine Begründung. Sonderklagerechte für Investoren und große Konzerne lehnen wir entschieden ab. Wir setzen uns stattdessen für einen ständigen Handelsgerichtshof unter dem Dach der Vereinten Nationen ein, der auch auf soziale, menschenrechtliche, umwelt- und klimarelevante völkerrechtliche Verpflichtungen achtet.

Fairer Handel bringt Chancen für ärmere Länder

Fairer Handel kann eine nachhaltige Entwicklung in Gang setzen. Wenn wir Entwicklungsländern Raum lassen, durch Zölle und Quoten ihre Märkte zu schützen, können sie ihre heimische Wirtschaft aufbauen. Im Moment aber stoßen wir dem globalen Süden die Leiter weg, auf der wir selbst unser heutiges Entwicklungsniveau erklommen haben. Subventionierte Importe aus Europa können ganze Branchen in Entwicklungsländern zerstören. So hat zum Beispiel der europäische Export von Milchpulver, Tomaten oder Hähnchenteilen die heimische Produktion in Westafrika verdrängt. Die bestehenden Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit den Ländern Afrikas, der Karibik und des Pazifik sind nicht fair. Die EU sollte für Entwicklungsländer Zölle auf verarbeitete Produkte senken, damit diese ihre Wirtschaften breiter aufstellen und mehr Gewinn im Land halten können. Das schafft vor Ort Perspektiven jenseits von Günstlingswirtschaft, Korruption oder der gefährlichen Flucht nach Europa.

Auch Unternehmen sind verantwortlich für die gesellschaftlichen Folgen ihres Handelns. Die europäischen Staaten haben beschlossen, die Verantwortung und Sorgfaltspflichten verbindlich zu regeln. Das ist ein hoffnungsvoller Schritt, doch es kann nicht der letzte sein. Die gesamte Lieferkette muss gesetzlich verbindlich offengelegt werden. Selbstverpflichtungen von Unternehmen wie im „Textilbündnis“ der Großen Koalition sind oft wirkungslos und reichen nicht aus. Um fair produzierten Produkten aus der Nische zu helfen, fordern wir Grünen eine bessere Kennzeichnung. So soll für Kundinnen und Kunden sofort erkennbar sein, welches Produkt echte Entwicklungschancen schafft.

Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:

Neustart für faire Handelsabkommen

Handelsabkommen, die anders als TTIP und CETA, transparent verhandelt wurden und an sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Kriterien ausgerichtet sind, können eine gerechte Globalisierung fördern. Sie sollten Umwelt-, Verbraucher- und Datenschutz sowie Arbeitsnormen international sichern. Wir fordern, das Vorsorgeprinzip in allen Handelsverträgen zu verankern, und dabei kommunale Daseinsvorsorge, öffentliche und soziale

Dienstleistungen sowie Kultur auszunehmen. Statt Klageprivilegien für Konzerne fordern wir einen ständigen Handelsgerichtshof unter dem Dach der Vereinten Nationen. Er soll auf völkerrechtliche Verpflichtungen sowie die ILO-Kernarbeitsnormen achten. Wir wollen multilaterale Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) wieder stärken**.**

Lieferketten offenlegen für mehr Transparenz

Auch Unternehmen sind verantwortlich für die gesellschaftlichen Folgen ihres Handelns. Lieferketten müssen gesetzlich verbindlich offengelegt werden. Selbstverpflichtungen von Unternehmen wie im „Textilbündnis“ der Großen Koalition sind oft wirkungslos und reichen nicht aus. Wir wollen Opfern von Menschenrechtsverletzungen, die durch Unternehmen verursacht wurden, zivilrechtliche Klagemöglichkeiten eröffnen. Beim Verstoß gegen diese Sorgfaltspflichten drohen den Unternehmen Sanktionen.

Hunger bekämpfen - Exzessive Spekulation mit Nahrungsmitteln eindämmen

Noch immer hungern weltweit etwa 800 Millionen Menschen, die meisten davon in Südasien und
Afrika. Für die Ärmsten der Armen wird der Preis von Nahrungsmitteln schnell zur Überlebensfrage. Doch Spekulationen mit Nahrungsmitteln führen zu Hunger und Leid. Das wollen wir eindämmen. Dazu begrenzen wir die Menge, die ein einzelner Akteur von einem Produkt am Markt kaufen darf. Um dem Hunger in der Welt wirksam zu begegnen, setzen wir uns
weiterhin ein für eine dezentrale Landwirtschaft, die agrarökologische Prinzipien in den Vordergrund stellt. Sie gewährleistet die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Bäuerinnen und Bauern, schützt die Biodiversität und unterstützt die regionalen Wirtschaftskreisläufe.
